

7 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, wir kommen nun zur Fragestunde. Auf unserer Saaluhr ist es jetzt 12.25 Uhr. Ich darf Herrn Gemeinderat Niko Swatek bitten, gleich die erste Frage an mich zu stellen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.25 Uhr).

7.1 Frage 1: Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen (GR Swatek, Neos an Bgm. Nagl, ÖVP)

GR Swatek:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Die Allianz hat vor wenigen Tagen ein Risikobarometer veröffentlicht, so wie jedes Jahr, und dort präsentiert, was derzeit die größte Herausforderung und die größte Gefahr für Unternehmen international ist. Wenig überraschend handelt es sich hierbei um Cybervorfälle und Cyberangriffe. Dass diese Angriffe in letzter Zeit immer vermehrt nicht nur Unternehmen, sondern auch staatliche Institutionen betreffen, hat vor allem ein Vorfall gezeigt, der sich jüngst am Anfang dieses Monats in Österreich zugetragen hat. Nämlich, dass das Österreichische Außenministerium mitteilen musste, dass sie unter einem massiven Cyberangriff litten und die IT-Infrastruktur des Ministeriums unter Beschuss stehe. Aufgrund der Professionalität, der Größe und der Intensität dieses Angriffes ist laut Cybersicherheitsexperten zweifelsfrei davon auszugehen, dass es sich hierbei um einen staatlichen Angriff handle. Auch wenn man seitens des Ministeriums noch keinerlei genauen Angaben gemacht hat, ob es zu Datendiebstahl kommt oder in welcher Größe sich dieser Angriff darstellt, zeigt uns dieser Fall sehr deutlich, dass in letzter Zeit vor allem immer mehr Angriffe auf die Infrastruktur staatlicher Institutionen in Österreich stattfinden und da Sicherheit, die Sicherheit der Daten stets die Sicherheit von

geheimen Dokumenten beinhaltet und dies für eine kleine Kommune bzw. für Städte auch eine relativ hohe finanzielle Belastung ist, wenn man natürlich gegen ganze Staaten mittlerweile ankämpfen muss, die finanziellen Ressourcen in dieser Form vermutlich leider nicht hat, möchte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

Frage

stellen:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl!

Wurden seitens der Stadt Graz ausreichende Maßnahmen getroffen, um Cyberangriffe auf die IT-Infrastruktur der Stadt zu erkennen und abzuwehren?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl,

Anfang dieses Monats teilte das Österreichische Außenministerium der Bevölkerung mit, dass es einen massiven Cyberangriff auf die IT-Infrastruktur des Ministeriums gegeben habe. Aufgrund der Professionalität, der Größe und der Intensität des Angriffs sei laut Sicherheitsexperten zweifelsfrei davon auszugehen, dass es sich um einen staatlichen Angriff handle. Auch wenn man seitens des Ministeriums angibt, dass es zu keinerlei Datendiebstahl gekommen wäre, sind weder Reichweite noch Folgen des Angriffes genau bekannt. Dieser Vorfall zeigt uns aber deutlich die stetige Gefahr, welcher die staatliche Infrastruktur ausgesetzt ist bzw. sein kann. Im 21. Jhdt. inkludiert Sicherheit stets auch die Sicherheit der staatlichen IT-Infrastruktur. Sowohl die Sicherheit der IT-Infrastruktur als auch jene der Daten von Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen, ist aufgrund begrenzter finanzieller Ressourcen besonders für Kommunen eine schwierige Herausforderung.

Daher stelle ich folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl!

Wurden seitens der Stadt Graz ausreichende Maßnahmen getroffen, um Cyberangriffe auf die IT-Infrastruktur der Stadt zu erkennen und abzuwehren?

Bgm. Nagl:

Danke vielmals, Herr Landtagsabgeordneter und Herr Gemeinderat. Ich möchte gerne auf diese Frage eingehen, weil sie uns sowohl politisch als auch in der Verwaltung ununterbrochen beschäftigt. Wir haben ja jetzt gerade bei unserer ITG, die letzten Endes auch für die Sicherheit sorgt und für unser gesamtes Netzwerk sorgt, gerade die Ausschreibung der Geschäftsführung im Laufen. Wir haben auch schon zugesichert, dass es in diesem Bereich in etwa 20 Personen mehr geben wird und wir sind uns dessen bewusst und werden das budgetär mittragen, dass es auch riesige Investitionen wiederum bedarf, um im gesamten Haus Graz möglichst nicht nur die Verwaltungsabläufe gut abzuwickeln, sondern auch dieses Risiko der Cyberangriffe in irgendeiner Form zu bewältigen. Wir sind uns der Risiken bewusst, denen unsere Infrastruktur ausgesetzt ist. Sicherheit, in welchem Zusammenhang auch immer, kann generell nie garantiert werden. Informationssicherheit und Datenschutz hat aber bei uns höchste Priorität. Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger und auch uns vor den Risiken zu schützen. Im Rahmen der Möglichkeiten setzen wir die technischen und organisatorischen Maßnahmen, die dem jeweiligen Stand der Technik entsprechen. IT-Systeme, Prozesse und die digitale Kompetenz sind darauf ausgerichtet, Sicherheitsvorfälle frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls abzuwehren. Technologisch sind um die IT-Infrastruktur mehrstufige Verteidigungsringe gezogen, die durch Wächtersysteme ergänzt werden. Laufende Kontrollprozesse und externe Audits erkennen gegebenenfalls bestehende Schwachstellen. Verhaltensrichtlinien und bewusstseinsbildende Maßnahmen adressieren die erforderliche digitale Kompetenz und sind auch ganz wichtig, weil Fehler auch durch Menschen passieren können. Gleichlaufend mit der Zunahme an

Cyberisiken werden in Zukunft zur Abwehr neue Technologien zur Verfügung stehen, die ein hochautomatisiertes und mit maschineller Intelligenz unterstütztes Erkennen von Bedrohungen ermöglichen. Der Einsatz solcher ganzheitlichen Überwachungssysteme erfordert aber einen hohen Investitionsaufwand. Dieser könnte durch verstärkte Kollaboration innerhalb der öffentlichen Verwaltung auch abgedeckt werden, es wird aber jedenfalls eine Verstärkung der Investitionsmittel, wie ich schon angekündigt habe, im Bereich der Sicherheit und des Datenschutzes brauchen.

Swatek:

Danke, es freut mich zu hören, dass hier auch weitere Ressourcen ergriffen werden. Ein Thema, das Sie schon kurz angesprochen haben, ist die Kooperation mit anderen öffentlichen Stellen. Gibt es da derzeit Kooperationsverträge mit Bund oder Land, um möglicherweise gemeinsam auch Angriffe abzuwehren?

Nagl:

Soweit ich informiert bin, gibt es ganz intensive Bemühungen, uns sowohl mit dem Bund als auch mit dem Land, auch mit unseren Universitäten immer wieder abzustimmen und im Städtebund ist das natürlich auch ein großes Thema und der Herr DI. Steinbrucker hat mir das auch gerade zugeflüstert, arbeiten wir auch stark zusammen. Die Anzahl festgestellter sogenannter Anomalien beträgt mehrere 100.000 pro Tag, das sind überwiegend automatisiert laufende Angriffsversuche, die alle Organisationen betreffen. Echte auf uns gezielte Cyberangriffe hat es noch kaum gegeben und diese waren eher simple Angriffsversuche. Gefälschte Mails, um Geldüberweisungen herauszulocken etc. Aber wenn wir einmal gezielt angegriffen werden, ist mit Systemabschaltungen zu rechnen, da es eine 100 %ige Prävention ja nicht gibt, aber wie gesagt, wir versuchen auch über den Herrn Magistratsdirektor und

über Herrn DI. Steinbrucker uns im Netzwerk einzubringen und möglichst da auch noch zu sparen und zu automatisieren.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.30 Uhr).

**7.2 Frage 2: Bauarbeiten und Baumfällungen mitten in der Nacht
(GRⁱⁿ Kreiner, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Kreiner:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderatskollegen, sehr geehrte ZuhörerInnen und Zuhörer. Ich darf meine Frage heute an Frau Stadträtin Elke Kahr stellen und zwar betrifft es die Bauarbeiten und Baumfällungen mitten in der Nacht in unlängster Vergangenheit.

Sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin! Ende November des vergangenen Jahres wurden die Anwohnerinnen und Anwohner der Belgiergasse, Griesgasse und des Grieskais bzw. auch die Gäste des nahen Hotels in zwei aufeinanderfolgenden Nächten mit Baulärm belästigt. An einen Schlaf war bis in die Morgenstunden nicht zu denken. Gleich nach Beginn des heurigen Jahres, in der Nacht von Donnerstag, den 2. auf Freitag, den 3. Jänner wurden die Bewohnerinnen und Bewohner rund um den Hasnerplatz durch den mit Schlägerungsarbeiten von morsch gewordenen Bäumen verbundenen Motorsägenlärm unsanft aus dem Schlaf gerissen. Die Genehmigung war von 00.00 bis 07.00 Uhr erteilt worden.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr, folgende

Frage:

Welches Verbesserungspotential sehen Sie in der gewählten Vorgangsweise?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin!

Ende November des vergangenen Jahres wurden die Anwohnerinnen und Anwohner der Belgiergasse, Griesgasse und des Grieskais bzw. die Gäste des nahen Hotels in zwei aufeinanderfolgenden Nächten mit Baulärm belästigt. An einen Schlaf war bis in die Morgenstunden nicht zu denken.

Zuvor erfolgte keinerlei Verständigung der betroffenen Bevölkerung.

Gleich in der ersten Woche des heurigen Jahres wurden die Bewohnerinnen und Bewohner rund um den Hasnerplatz durch den mit Schlägerungsarbeiten von morsch gewordenen Bäumen verbundenen Motorsägen Lärm unsanft aus dem Schlaf gerissen.

Die Genehmigung war von 00.00 bis 07.00 Uhr erteilt worden.

Zuvor erfolgte keinerlei Verständigung der betroffenen Bevölkerung.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr, folgende

Frage:

„Welches Verbesserungspotential sehen Sie in der gewählten Vorgangsweise?“

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Frau Gemeinderätin. Bei den beiden erwähnten und über zwei Nächte andauernden Grabungen im Bereich Grieskai, Belgiergasse, hat es sich um schwere Stromelementarschäden gehandelt, die auch erfreulicherweise natürlich sofort behoben werden mussten, damit die Bevölkerung wieder mit Strom versorgt wird. Über die Arbeiten in der zweiten Nacht wurden von der Energie Graz nachweislich sämtliche Betroffene informiert. Für die Arbeiten in der ersten Nacht war dies aufgrund des nächtlichen Zeitpunktes des Schadeneintritts nicht

möglich. Zum zweiten Bereich, die Schlägerungsarbeiten im Bereich Theodor-Körner-Straße-Hasnerplatz, die konnten nur in diesem Zeitraum ab Mitternacht durchgeführt werden, da derartige Arbeiten im Nahbereich von unter Strom stehenden Anlagen nur bei Straßenbahneinstellung durchgeführt werden dürfen. Der Firma wurde eine Anrainerinformation bescheidmäßig und auch nachweislich vorgeschrieben. Generell gilt, dass bei Nichteinhaltung von Bescheidauflagen seitens der Behörde ein Strafverfahren eingeleitet wird.

Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage, Frau Gemeinderätin?

Kreiner:

Danke einmal für die Informationen. Ich kann aus erster Hand sagen, dass definitiv auch in der zweiten Nacht bei dem ersten Vorfall keine Information gegeben hat und da würde ich Sie auch fragen, wenn jetzt keine Gefahr in Verzug ist, warum man diese Arbeiten nicht auch in den Tag verlegen hätte können? Wenn es so dringend gewesen wäre. Bei den Bauarbeiten wäre es durchaus tagsüber auch möglich gewesen.

Kahr:

Ich bin ja selbst auch schon sehr lange Bewohnerin in dieser Stadt und auch in meiner Gasse ist es noch gar nicht so lange her, hat es Grabungsarbeiten gegeben, wo ich selbst gesehen habe, dass da der Aushang in meinem Haus gehangen ist und ein paar Stunden später, als ich hinausgegangen bin, war er weg. Warum diese Information bei Ihnen Sie nicht gesehen haben, kann ich nicht beurteilen, aber es ist leider manchmal auch so, dass solche Informationszettel verschwinden. Es ist nachweisbar ausgehängt worden, das ist das eine und selbstverständlich, noch einmal, wenn ein so schwerer Stromschaden mitten in der Nacht eintritt, dann können wir froh sein, dass sozusagen

die Energie Graz da auch gleich reagiert und versucht, so rasch wie möglich die Bevölkerung wieder mit Strom zu versorgen. Das braucht halt eine gewisse Zeit an Arbeiten und das Amt und auch die Energie Graz ist immer bemüht, die Einschränkungen am Tagesgeschehen hintanzuhalten, weil sonst hätten wir die gleiche Anfrage, warum sozusagen die Grabungsarbeiten sind und es zu Staubbildungen kommt.

7.3 Frage 3: Bereitschaftszulage für Beschäftigte beim Winterdienst (GR Alic, ÖVP an Bgm. Stv. Mag. Eustacchio, FPÖ)

GR Alic:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat und werte Zuhörerschaft. Trotz Klimawandels geht es hier um den Winterdienst und die verschiedene Entlohnung für die Bereitschaft des Straßendienstes. Da bekommen Leute je nach Beschäftigungsverhältnis bzw. je nach Dienstgeber zum Teil um die 90, also 94 Euro und der andere Teil der Beschäftigten bekommt 380 bzw. 200 Euro. Wenn ich hier beim neuen Vertrag richtig informiert bin, und ich selbst bin auch in einem Dienstverhältnis, wo es Bereitschaftsdienste gibt, also wenn bei uns einer am Rad dreht und wenn er es wirklich wissen will, dann gibt es einen erhöhten Betreuungsbedarf und dann stellen sie Leute in den Dienst, weil das sehr personalintensiv ist und auch wenn ein jeder anders damit umgeht, bereit zu sein für die Einberufung, so schneidet das doch uns alle gleich in unserer Freizeit ein. Du musst dann nämlich innerhalb von einer Stunde fix-fertig und dienstfähig im Dienst sein und wenn man ab und zu auf Besprechungen ist oder draußen im Ministerium und es wird über Personal gesprochen, dann sagt man dann oft, Vollzeitäquivalente, meint aber letztendlich Kostenfaktoren und was man immer bedenken soll, da geht es um Leute. Die Leute in der Montur, das sind Menschen und das sind keine Vollzeitäquivalente und die haben menschliche Bedürfnisse und allein deswegen sollte

man schon schauen, dass es für die gleiche Arbeit bzw. für die gleiche Bereitschaft das gleiche Geld gibt und deswegen, geschätzter Herr Vizebürgermeister, stelle ich an Sie, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die niedrigeren Bereitschaftszulagen entsprechend anzuheben, damit die Rufbereitschaft für Beschäftigte beim Winterdienst künftig gerechter entlohnt wird?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,

die Beschäftigten beim Winterdienst in der Holding Graz erhalten für Rufbereitschaft eine Zulage. Diese beträgt für jene, die ein Dienstverhältnis mit der Holding haben, 380,- Euro je Woche Bereitschaft, für von der Stadt Graz zugewiesenes Personal (Beamte, Vertragsbedienstete) allerdings nur 94,- Euro. Unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis gibt es, wenn man alte und neue Verträge für Holding-Bedienstete berücksichtigt, sogar drei verschieden hohe Bereitschaftspauschalen, obwohl der Umstand, auf Abruf bereitstehen zu müssen, für alle gleich ist. Diese Ungleichbehandlung ist ungerecht und schafft Unfrieden unter den Beschäftigten.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die niedrigeren Bereitschaftszulagen entsprechend anzuheben, damit die Rufbereitschaft für Beschäftigte beim Winterdienst künftig gerechter entlohnt wird?

Eustacchio:

Dankeschön, ja Herr Gemeinderat, bei einer Zuweisung nach dem Steiermärkischen Gemeindebediensteten-Zuweisungsgesetz ist der Rechtsträger, das heißt, die Holding Graz GmbH, für alle Personalangelegenheiten der zugewiesenen Bediensteten, sowohl Beamte als auch Vertragsbedienstete, zuständig. Auch die laufenden Personalkosten werden für die Dauer der Zuweisung von der Holding getragen. Davon ausgenommen ist unter anderem die generelle Richtlinienkompetenz für dienst- und besoldungsrechtliche Maßnahmen, welche somit bei der Stadt Graz verbleibt. Doch wäre eine einseitige Erhöhung der Bereitschaftsentschädigung im Belieben der Stadt Graz unbillig, wenn die dafür anfallenden Kosten von der Holding alleine zu tragen sind. Da ist für eine Änderung der Nebengebühren der von der Holding zugewiesenen Bediensteten jedenfalls ein diesbezügliches Einvernehmen mit der Personalabteilung der Holding erforderlich, sodass diese zusätzlich noch die Möglichkeit hat, eine sozialpartnerschaftliche Einigung zu erzielen. Das Personalamt der Stadt Graz und die Personalabteilung der Holding Graz prüfen die Angelegenheit, die Bereitschaft für mögliche Veränderungen wird daher auch positiv kommuniziert.

Nagl:

Gibt es eine Zusatzfrage?

Alic:

Nein, grundsätzlich nicht und nicht nur, weil die Antwort befriedigend war, sondern weil ich um 17 Uhr Slowenisch-Kurs habe und das geht sich dann vielleicht aus. Danke.

**7.4 Frage 4: Schutzweg Kreuzungsbereich Dr.-Robert-Graf-Straße/Waltendorfer Hauptstraße
(GR Lohr, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadtrat. Mehrere Bürger im Bezirk Waltendorf weisen auf ein Verkehrssicherheitsproblem hin. An der Einmündung Dr.-Robert-Graf-Straße in die Waltendorfer Hauptstraße fehlt ein ehemaliger Schutzweg mittels markierten Zebrastreifens. Möchte man von der ansässigen Bäckerei zum nächstgelegenen Lebensmittelmarkt gehen, führt der gesicherte Weg momentan stadtauswärts bis zum Gasthof Sternwirt, überquert die Straße und geht wieder stadteinwärts retour. Ein Umweg von rund 800 Metern. Zusätzlich wird der Bedarf für einen derartigen Fußgängerübergang durch die Bewohner der neuen Wohnsiedlung, die gegenüber der Bäckerei entsteht, sicher noch ansteigen. Wir haben dann recherchiert und ich habe dann tatsächlich eine Verordnung ausgegraben, diese datiert mit 28.8.2018, da hat es dann auch nach einer straßenpolizeilichen Verhandlung auch die Verordnung dieses Schutzweges gegeben. Bis heute ist er nicht markiert.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Wann wird der Schutzweg bzw. Zebrastreifen im Kreuzungsbereich Dr.-Robert-Graf-Straße/Waltendorfer Hauptstraße wieder errichtet?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Mehrere Bürger im Bezirk Waltendorf weisen auf ein Verkehrssicherheitsproblem hin. An der Einmündung der Dr.-Robert-Graf-Straße in die Waltendorfer Hauptstraße fehlt ein ehemaliger Schutzweg mittels markierten Zebrastreifens. Möchte man bspw. von der ansässigen Bäckerei zum nächstgelegenen Lebensmittelgeschäft gehen, führt der gesicherte Weg momentan stadtauswärts bis zum GH Sternwirt, überquert die Straße, und geht wieder stadteinwärts retour. Dies bedeutet einen Umweg von rund 800 Metern.

Zusätzlich wird der Bedarf für einen derartigen Fußgängerübergang durch die Bewohner der neuen Wohnsiedlung, die gegenüber der Bäckerei entsteht, ansteigen. Dieser Schutzweg wurde nach der abgeschlossenen Sanierung der Dr.-Robert-Graf-Straße im Jahr 2018 am 28.08.2018 bereits wieder verordnet, aber noch nicht markiert.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Wann wird der Schutzweg bzw. Zebrastreifen im Kreuzungsbereich Dr.-Robert-Graf-Straße/Waltendorfer Hauptstraße wieder errichtet?

Kahr:

Das kann ich kurz machen. Sehr geehrter Herr Gemeinderat, genauso ist es. Ich erspare mir jetzt die ganze Chronologie. Weggekommen ist er, nur zur Information, weil es ein sehr großes Bauvorhaben dort gegeben hat und das leider entfernt werden musste. Ende August ist die Verordnung neu erlassen worden. In der Folge ist dann diese

Eckliegenschaft auch neu bebaut worden und die Umsetzung zur Wiedererrichtung des Zebrastreifens ist jetzt mehrmals bei der Holding Graz urgiert worden. Erst kürzlich wieder und die Bodenmarkierung wird, wenn es die Witterungsbedingungen auch zulassen und es schaut eh gut aus, werden ehestmöglich erfolgen.

Lohr:

Danke für die Bewerkstelligung, dass es einmal im Frühjahr dann tatsächlich der Fall ist, aber jetzt hat es dann doch 1 ½ Jahre gedauert und das Thema Schutzweg werden wir ja heute noch ein wenig ausbreiten beim dringlichen Antrag, weil eben in letzter Zeit verschwinden des Öfteren Zebrastreifen. Die Bürger sind alarmiert, in Andritz war jetzt wieder der jüngste Fall und daher die Frage, werden Sie sich bemühen, hier den Ablauf etwas zu straffen, damit man nicht immer 1 ½ Jahre Zeit brauchen.

Kahr:

Das Bemühen ist meinerseits natürlich gegeben, natürlich aber auch von meinen Kollegen in der Behörde, ja selbstverständlich.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustachio übernimmt den Vorsitz (12.45 Uhr).

7.5 Frage 5: Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus und Diskriminierung (GRⁱⁿ Wutte, Grüne an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Meine Frage bezieht sich auf das Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus und Diskriminierung, das Sie eh gerade vorher in Ihrer Vorstellung des Menschenrechtsberichtes erwähnt haben. Ein wenig zur Geschichte dieses Zehn-

Punkte-Programmes. Es gab ja schon mehrere, und 2015 wurde vom Menschenrechtsbericht empfohlen, ein neues auszuarbeiten. Dieses neue Programm wurde auch tatsächlich ausgearbeitet und unter Mitwirkung der Magistratsdirektion, des Menschenrechtsbeirates und des MigrantInnenbeirates und ist eigentlich seit Juni 2018 fertig. Es wurde aber seitdem weder dem Gemeinderat noch der Öffentlichkeit präsentiert. Das Programm ist für den Zeitraum 2018 bis 2022 entwickelt. Jetzt haben wir 2020, das sollte eigentlich schon seit zwei Jahren Gültigkeit haben. Das liegt aber noch immer nicht vor. Wir haben im Menschenrechtsbeirat auch eine Feedback-Runde gehabt zum Menschenrechtsbericht 2019 und da gab es aus Ihrem Büro die Rückmeldung, dass es ganz sicher im Dezember in den Gemeinderat kommen würde. Passiert ist aber noch immer nichts. Deswegen möchte ich an der Stelle schon festhalten, dass ich das einfach irritierend finde und auch etwas beschämend, denn wir als Menschenrechtsstadt und als Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus sollten bei so einem Beschluss und bei der Umsetzung eines solchen Aktionsplanes eben nicht säumig sein. Es sollte selbstverständlich sein, dass wir in regelmäßigen Abständen einen Maßnahmenkatalog gegen Diskriminierung ausarbeiten, veröffentlichen und auch konsequent an der Umsetzung dieser Maßnahmen arbeiten. Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Wann wird das neue Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus und Diskriminierung endlich dem Gemeinderat vorgelegt?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Frage bezieht sich auf die Erneuerung des Zehn-Punkte-Programms gegen Rassismus und Diskriminierung, wie sie im Grazer Menschenrechtsbericht 2015

empfohlen wurde. Ein neues Programm für den Zeitraum 2018-2022 wurde unter Mitwirkung der Magistratsdirektion, des Menschenrechtsbeirats und des MigrantInnenbeirats ausgearbeitet. Der 56 Maßnahmen umfassende Aktionsplan liegt seit Juni 2018 fertig ausgearbeitet vor, wurde jedoch weder dem Gemeinderat noch der Öffentlichkeit präsentiert.

Obwohl das Programm für den Zeitraum 2018-2022 entwickelt wurde und somit schon seit 2 Jahren Gültigkeit haben sollte, wurde es dem Gemeinderat noch immer nicht zur Beschlussfassung vorgelegt. In einer Feedback-Runde für den Menschenrechtsbericht 2019 wurde von Ihrem Büro versichert, dass das Zehn-Punkte-Programm im Dezember letzten Jahres dem Gemeinderat vorgelegt werden würde. Passiert ist aber leider noch immer nichts.

Ich finde es irritierend und auch etwas beschämend, dass wir als Menschenrechtsstadt und als Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beim Beschluss und der Umsetzung dieses Aktionsplans säumig sind. Als Menschenrechtsstadt sollte es selbstverständlich sein, dass wir in regelmäßigen Abständen einen Maßnahmenkatalog gegen Diskriminierung ausarbeiten, veröffentlichen und konsequent an dessen Umsetzung arbeiten.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an Sie:

Wann wird das neue Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus und Diskriminierung endlich dem Gemeinderat vorgelegt?

Bgm. Nagl:

Danke vielmals, Frau Gemeinderätin. Ich darf Ihnen versichern, dass mir das Vorgehen gegen Rassismus und Diskriminierung ein Herzensanliegen ist und wie Sie wissen, haben wir jetzt auch auf Bundesebene einen Aktionsplan mit der Regierung vor, der soll umgesetzt werden und selbstverständlich kann ich mich noch gut daran erinnern, als ich dem Gemeinderat vorschlagen durfte, dass wir auch als Stadt Graz Mitglied dieses europäischen Netzwerkes, dieser Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, werden sollen und wir haben uns auch sehr intensiv eingebracht, auch durch meinen damaligen Pressesprecher und durch den Herrn Gemeinderat Thomas Rajakovics, der uns auch immer in diesem Netzwerk stark vertreten hat. Wir sind Menschenrechtsstadt, bringen uns stets aktiv in die Thematik ein. Die Stadt hat dann gemeinsam mit dem Land Steiermark, das ist mir gemeinsam mit der damaligen Landesrätin, späteren Präsidentin Bettina Vollath gelungen, eine Antidiskriminierungsstelle des Landes eingeführt, die auch in den Räumlichkeiten unserer Servicestelle in der Andritzer Reichstraße 38 unterbracht ist. Wir haben danach auch eine große Tradition fortgeführt, aber auch auf richtige Beine gestellt, nämlich den Dialog der Religionsgemeinschaften, haben den Interreligiösen Beirat installiert und auch in diesem wird laufend gearbeitet für dieses friedvolle Miteinander und ich glaube, dass das alles nur im Dialog passieren kann. Das von Ihnen angesprochene Zehn-Punkte-Programm nehme ich aus dem letzten Jahr jetzt leider wieder mit. Ich darf Ihnen aber auch versichern, dass wir Ende Jänner abschließende Abstimmungsgespräche dann stattfinden werden und dass wir anschließend das Programm in eine der nächsten Gemeinderatssitzungen im Frühjahr präsentieren werden.

Wutte:

Danke, toll, dass Sie diese vielen Maßnahmen aufzählen, die es ja auch gibt von Seiten der Stadt. Darf ich das konkretisieren, bis wann wird das vorgelegt? Frühjahr heißt bis April oder Mai?

Nagl:

Ich versuche es noch früher in den Gemeinderat zu schaffen. Es waren nur die Aufgaben so vielfältig im vergangenen Jahr, dass ich einfach nicht dazu gekommen bin, aber das wird jetzt im Frühjahr erfolgen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.50 Uhr).

**7.6 Frage 6: Verkehrslösung Hans-Brandstetter-Gasse
(GR Mag. Muhr, SPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Muhr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, werte Gemeinderatskolleginnen und Gemeinderatskollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke. Die Verkehrssituation der Hans-Brandstetter-Gasse ist dir ja sicherlich bewusst, es sorgt ja schon jeher für viel Diskussionsstoff, wie die Situation dort gelagert ist und sorgt auch für die Verärgerung von den Bewohnerinnen und Bewohnern in diesem Straßenteil. Derzeit ist die Hans-Brandstetter-Gasse zweigeteilt, um einen Schleichverkehr zwischen der Petersgasse und der Plüddemangasse zu vermeiden, also es stehen dort Betontröge in der Mitte, damit dort keine Autos durchfahren können. Diese Maßnahmen benachteiligen jedoch die Bewohnerinnen und Bewohner des Ostteils massiv, da die einzige Zu- und Abfahrt über die Plüddemangasse dort möglich ist, man jedoch von der Plüddemangasse nicht links einbiegen kann und in die Plüddemangasse aus der Hans-Brandstetter-Gasse auch nur rechts abbiegen kann. Es sind die Zu- und Abfahrten mit großen Umwegen nur zu bewerkstelligen.

Trotz mehrerer Initiativen ist bis heute noch keine Lösung in Sicht gewesen und man hat auch nichts gehört, wann die Lösungen kommen werden.

Daher auch meine

Frage:

Bis zu welchem Zeitpunkt wird eine Lösung für die Problematik der Hans-Brandstetter-Gasse gefunden, die einerseits diesen Verkehrsweg als Schleichweg unattraktiv gestaltet und andererseits allen Bewohnerinnen und Bewohnern eine einfache Zu- und Abfahrtsmöglichkeit bietet?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke!

Die Verkehrssituation der Hans-Brandstetter-Gasse sorgt weiter für viel Diskussionsstoff unter den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern und ist leider auch der Grund für große Verärgerung.

Derzeit ist die Hans-Brandstetter-Gasse zweigeteilt, da zur Vermeidung eines Schleichverkehrs zwischen der Petersgasse und der Plüddemangasse massive Betontröge eine Durchfahrt verhindern. Diese Maßnahme benachteiligt jedoch die Bewohnerinnen und Bewohner des Ostteils der Hans-Brandstetter-Gasse massiv. Die einzige Zu- und Abfahrt für den mobilen Individualverkehr ist nur über die Plüddemangasse möglich. Jedoch ist auf der Plüddemangasse aus der Fahrtrichtung Süden ein Linksabbiegen in die Hans-Brandstetter-Gasse untersagt, wie auch ein Linksabbiegen in die Plüddemangasse aus der Hans-Brandstetter-Gasse nicht gestattet ist.

Diese Regelung bringt für die Betroffenen große Nachteile mit sich, da sie gezwungen sind, weite Umwege in Kauf zu nehmen. Die Verärgerung der Bewohnerinnen und Bewohner ist daher mehr als verständlich.

Trotz mehrerer Initiativen ist bis heute anscheinend keine Lösung in Sicht und der Unmut der Betroffenen steigt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

Frage:

Bis zu welchem Zeitpunkt wird eine Lösung für die Problematik der Hans-Brandstetter-Gasse gefunden, die einerseits diesen Verkehrsweg als Schleichweg unattraktiv gestaltet und andererseits allen Bewohnerinnen und Bewohnern eine einfache Zu- und Abfahrtmöglichkeit bietet?

StRⁱⁿ Kahr:

Lieber Ewald, der Kollege Topf hat ja vor noch nicht zu langer Zeit eine ähnlich gelagerte Anfrage an mich gerichtet. Ich möchte jetzt vielleicht gar nicht, meine Kollegen in den Ämtern sind ja sehr genau und sorgfältig in der Bearbeitung, ich erspare mir jetzt die Chronologie des Ganzen noch einmal. In aller Kürze: Diese Sperre in der Hans-Brandstätter-Gasse habe nicht ich verordnet, sondern das ist in der letzten Gemeinderatsperiode passiert. Hätte ich persönlich nicht gemacht und zwar warum? Weil ganz klar war, der westliche Teil der Wohnbevölkerung wollte eine Verkehrsberuhigung und keinen Schleichverkehr mehr und hat eindringlich darum ersucht, eine Sperre zu machen. Der östliche Teil der Bewohnerschaft, und da wohnen viele Leute und es sind eine hohe Anzahl unterschiedlicher Für und Wider, weil die leiden darunter, weil sie einen Umgehungsverkehr machen müssen und wie du das eh geschildert hast, das mit den Linksabbiegeverboten nicht optimal ist. Es geht, aber es

ist nicht optimal. Alle Vorschläge, und das kannst du mir glauben, das habe nicht nur ich, sondern auch die Kollegen in den Ämtern, der Kollege Bezirksvorsteher, der gesamte Bezirksrat, wir haben unheimlich viel Überlegungen angestellt, wie man das technisch oder in einer anderen Form lösen kann. Die gehen rechtlich nicht oder sind auch nicht tauglich und vor allem auch nicht befriedigend, für keine der Seiten. Ich habe zuletzt, und das habe ich auch dem Kollegen Topf bei der Anfragebeantwortung zugesagt, dass wir Informationsveranstaltungen machen werden für die Bewohnerschaft, das mache ich auch und ich hätte jetzt für mich selbst noch einen Gedanken oder noch eine Überlegung, die möchte ich aber mit der Bezirksvorstehung vorher besprechen und mit diesem Gedanken und dieser Überlegung werden wir eine Informationsveranstaltung dann im Februar machen.

Muhr:

Das heißt sozusagen, wenn ich dich jetzt richtig verstehe, du hast alle Lösungen ausgelotet, die möglich sind, es gibt keine Lösung und es bleibt wie es ist?

Kahr:

Es gibt noch eine und die eigentlich nicht mehr sehr gewünscht wird, das muss man auch dazusagen, das wäre aber die einzige Möglichkeit sozusagen, um beide Seiten, das muss man immer sagen, es geht um beide Seiten, macht man es auf, sind natürlich die Bewohner im östlichen Teil nicht glücklich und die haben ja auch umgekehrt interveniert, dass man das ja nicht öffnet, diese Möglichkeit möchte ich noch ausloten, aber vorher mit der Bezirksvorstehung darüber reden.

*Zwischenruf GR. Mag. **Muhr**: Gewerbebetriebe dürfen links abbiegen zur Bank.*

7.7 Frage 7: Verkehrssituation an der Kreuzung Sparbersbachgasse/Mandellstraße (GR DI Topf, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GR Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne. Es geht in meiner Frage um die Verkehrssituation an der Kreuzung Sparbersbachgasse/Mandellstraße.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke, im Informationsbericht an den Ausschuss für Verkehr vom 18.09.2019 wurden unter anderen auch Vorschläge, auch Verkehrssicherheitsmaßnahmen für die Kreuzung Sparbersbachgasse / Mandellstraße mit folgender Erläuterung behandelt und begründet. Da gibt es eine entsprechende Begründung dazu, das brauche ich nicht noch einmal vorzulesen, es ist auf jeden Fall darum gegangen, hier die Linksabbiegesituation etwas zu entschärfen, aber auch darüber nachzudenken, ob es durch die Erneuerung der Verkehrssignalanlage zu einer besseren Fahrplaneinhaltung der Straßenbahnlinie 3 kommt und dass auch diese Kreuzungsgeometrie etwas verbessert wird. Es wurde dann auch über Kosten gesprochen, die auch hier in meinem Motivenbericht angeführt sind.

Nach einem nunmehr längeren Beobachtungszeitraum hinsichtlich der bereits umgesetzten Maßnahmen hat es sich - auch durch Leserbriefe, Meldungen von Personen, eigenen Beobachtungen und durch den Herrn Bezirksvorsteher bestätigt - gezeigt, dass es bedauerlicherweise zu einem massiven Rückstau in der Sparbersbachgasse ab der Technikerstraße Richtung Osten kommt. Dadurch sind z.B. auch die Linksabbieger aus der Uhlandgasse in die Sparbersbachgasse stark behindert, zumal nur mehr ein Fahrstreifen für die Geradeausfahrt Richtung Westen und für die Abbiegerelationen links nach Süden und rechts nach Norden in die Mandellstraße zur Verfügung steht.

Weiters reicht offenbar auch der Rückstau in der Mandellstraße - Richtung Kaiser Josef Platz gesehen – so weit in den gegenständlichen Kreuzungsbereich zurück, dass oftmals der Verkehr gänzlich zum Erliegen kommt. Wir haben sowohl in der

Mandellstraße offensichtlich auch auf Grund der Situation am Kaiser Josef-Platz durch diese Inselfituation, die wir ja schon umgesetzt haben, kommt es hier zu Problemen.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

Welche Maßnahmen baulicher Natur (allenfalls auch Rückbauten) und/oder die Ampelschaltungen betreffend sind zu ergreifen, dass die unbefriedigende Rückstausituationen in der Sparbersbachgasse und in der Mandellstraße verhindert oder zumindest gemildert werden bzw. hat sich tatsächlich die Betriebsstabilität und die damit verbundene Fahrplaneinhaltung der Straßenbahnlinie 3 erhöht bzw. verbessert? Weil das ja mit auch ein Grund war, hier umzubauen.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke!

Im Informationsbericht an den Ausschuss für Verkehr vom 18.09.2019, GZ: A 10/1-048063/2017-0009, wurden unter anderen auch Vorschläge betreffend Verkehrssicherheitsmaßnahmen für die Kreuzung Sparbersbachgasse / Mandellstraße mit folgender Erläuterung behandelt und begründet:

„Bei der Kreuzung Sparbersbachgasse / Mandellstraße handelt es sich um eine Unfallhäufungsstelle, bei welcher es besonders beiderseits bei Linksabbiegemanövern aus der Sparbersbachgasse in die Mandellstraße zu Unfällen mit Personenschaden kommt. Dies ist besonders der ungünstigen Kreuzungsgeometrie geschuldet.

Im Zuge der Planungen für die planmäßige Erneuerung der Verkehrslichtsignalanlage (VLSA) wurde in enger Abstimmung mit den Graz Linien eine Lösung erarbeitet, welche die Verkehrssicherheit maßgeblich erhöht, ohne dass die Leistungsfähigkeit des Individualverkehrs reduziert wird. Durch Abstimmung von Kreuzungsgeometrie und

VLSA-Schaltung können sowohl die Betriebsstabilität der Straßenbahnlinie 3 erhöht als auch im direkten Kreuzungsbereich Mehrzweckstreifen und Fahrradboxen angelegt werden.

Die Kosten für die Sanierung der VLSA werden durch die hierfür vorgesehene Mittel aus der OG gedeckt. Die Kosten für die bauliche Umgestaltung belaufen sich inkl. Unvorhergesehenem auf € 70.000.--.“

Nach einem nunmehr längeren Beobachtungszeitraum hinsichtlich der bereits umgesetzten Maßnahmen hat es sich - auch durch Leserbriefe, Meldungen von Personen und durch den Herrn Bezirksvorsteher bestätigt - gezeigt, dass es bedauerlicherweise zu einem massiven Rückstau in der Sparbersbachgasse ab der Technikerstraße Richtung Osten kommt (dadurch sind z.B. auch die Linksabbieger aus der Uhlandgasse in die Sparbersbachgasse stark behindert), zumal nur mehr ein Fahrstreifen für die Geradeausfahrt Richtung Westen und für die Abbiegerelationen links nach Süden und rechts nach Norden in die Mandellstraße zur Verfügung steht. Weiters reicht offenbar auch der Rückstau in der Mandellstraße - Richtung Kaiser-Josef-Platz gesehen – so weit in den gegenständlichen Kreuzungsbereich zurück, dass oftmals der Verkehr gänzlich zum Erliegen kommt.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

„Welche Maßnahmen baulicher Natur (allenfalls auch Rückbauten) und/oder die Ampelschaltungen betreffend sind zu ergreifen, dass die unbefriedigende Rückstausituationen in der Sparbersbachgasse und in der Mandellstraße verhindert oder zumindest gemildert werden bzw. hat sich die beabsichtigte Betriebsstabilität und die damit verbundene Fahrplaneinhaltung der Straßenbahnlinie 3 tatsächlich erhöht bzw. verbessert?“

Kahr:

Lieber Georg Topf, wie du richtig bemerkt hast, handelt es sich bei dieser Kreuzung um eine Unfallhäufungsstelle und die Behörde ist natürlich gemäß ihres gesetzlichen Auftrages hier auch tätig geworden und dieser Kreuzungsbereich musste entschärft werden. Konkret passieren die meisten Unfälle in beiden Richtungen beim Linksabbiegen, wie du das ja im Motivenbericht schon gesagt hast, von der Sparbersbachgasse in die Mandellstraße. Diesem Problem ist man nun begegnet, indem in der Sparbersbachgasse gegenläufig eine getrennte Freigabe erfolgt ist. Die Steuerung der Ampel ist jetzt so ausgelegt, dass sie im Gegensatz zu Anlagen auf klar definierten Hauptverkehrsrouten mit eher starren Grünzeiten die Querströme dynamisch und bedarfsorientiert abarbeitet. Die haben mir, weil du gesagt hast nach eigenen Beobachtungen, ich war selbst drei Mal dort und einmal habe ich auch den Herrn Gemeinderat Sickl treffen dürfen und hab mir das selbst angesehen, nachdem ja auch Klagen aus der Bevölkerung, wie du gesagt hast, Leserbriefe gekommen sind, wollte ich mir das selbst auch ansehen. Das heißt aber, durch diese dynamische und bedarfsorientierte Abarbeitung ist es tatsächlich so, und ich habe das selbst mitgestoppt, dass man da eigentlich einen Rückstau hat, aber nach drei bis vier Minuten eigentlich bei der nächsten Grünphase der ganze Individualverkehr, inklusive Regionalbusse usw., relativ rasch abfährt. Das muss man schon auch sehen. Aber die Kollegen, unser Ampelfachmann Bernd Cagran, die im Verkehrsausschuss kennen ihn auch, erläutert dazu auch, dass es seitens von ihm noch eine Feineinstellung und Optimierung braucht, vor allem, weil diese Umstellung auch in die Adventzeit hineingefallen ist und noch zusätzlich Umbaumaßnahmen waren und viele dieser Eindrücke und Beobachtungen auch zusammengefallen sind mit diesen Baumaßnahmen, für die das Straßenamt nichts konnte, das muss man auch noch dazusagen. Diese Feinabstimmung wird noch erfolgen und wenn das danach, was ich aber nicht glaube, ich glaube, dass es dann sehr gut und reibungslos funktionieren wird, weil das habe ich vor zwei Wochen eigentlich schon beobachten können. Es braucht nach so einer Umstellung immer eine bestimmte Phase und man muss natürlich ehrlicherweise auch zugeben, mit der Mittelinsel hat das eigentlich dort

nichts zu tun. Was immer schon war, von der Mandellstraße von Osten kommend in Richtung Westen war der Rückstau auch schon vor dieser Umstellung immer höher, aber nicht in der Sparbersbachgasse, das stimmt. Diese Feinabstimmung wird es jetzt noch geben. Einen Rückbau dieser Maßnahme, das möchte ich nur noch anmerken, das werden wir und können wir auch gar nicht vornehmen, ganz im Gegenteil, weil es ist, wenn man überhaupt Maßnahmen setzen muss, dann sind sie im Sinne des Radverkehrs zu setzen und auch im Gehsteigbereich.

Topf:

Mir geht es in meiner Zusatzfrage um folgende Situation. Wir bemerken dort und ich war öfters dort auch und du hast es auch angeschnitten, dass wir Phasen haben, wo sozusagen der Individualverkehr einschließlich der Straßenbahn bereits in dieser Vorampel vor der Technikerstraße um Stehen kommt und dieser Freiraum bis zur nächsten Ampelschaltung sozusagen ungenutzt wird. Wir haben dort einfach eine leere Fläche, wenn ich das so sagen darf, also die Verkehrsfläche wird nicht genutzt zum Aufstellen des Individualverkehrs oder auch der Straßenbahnlinie. Ich glaube, dass es durch Maßnahmen möglich wäre, und das wäre die konkrete Frage, allenfalls durch Bodensensoren, das wird ein wenig schwierig sein, weil dort ja Schienen sind, da gibt es Induktionsprobleme nach meinem Wissensstand, aber vielleicht gibt es eine Möglichkeit, mit einer Kamera sozusagen auch mitzusteuern, damit dieser Leerraum, diese Freifläche zwischen der Mandellstraße und der Technikerstraße, das sind immerhin auch einige Meter, sozusagen aufgefüllt werden kann. Das wäre die konkrete Frage, ob man sich in diese Richtung etwas überlegen könnte, damit der Rückstau tatsächlich über diese Fläche etwas aufgearbeitet wird.

Kahr:

Ich würde gerne das als Thema im nächsten Verkehrsausschuss und auch unter Beisein vom Kollegen Cagran mit euch diskutieren, weil, noch einmal, das wird eh beobachtet und geschaut, sollte es hier noch Nachbesserungsbedarf geben, der wird dann auch gemacht. Aber ich bin hier nicht die Ampelfachexpertin und dir da eine Zusage zumachen, das ist weder notwendig noch effektiv.

Nagl:

Die Situation ist täglich wirklich schwierig geworden. Wir haben Straßenbahnen, die sind sogar hintereinander angestanden, das hat es überhaupt noch nie gegeben, das ist wirklich ein Problem, also da bitte wirklich dabeibleiben, bis in die Rechbauerstraße hinauf, dort staut es sich schon vom Glacis herein, also wir haben dort Engpässe geschaffen, die müssen im Verkehrsfluss verbessert werden und es ist gut, wenn der Ausschuss sich damit beschäftigt.

**7.8 Frage 8: Nächtliche Baumschneidearbeiten
(GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ Braunersreuther an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrter Herr Stadtrat. Ich frage zum Thema, von dem wir heute schon etwas gehört haben: nämlich die Baumfällungen am Hafnerplatz. Wir haben gehört von der Stadträtin Elke Kahr, diese Genehmigung wurde erteilt, es wurde auch weitergegeben, dass die AnrainerInnen informiert werden sollen eben von den zuständigen Firmen. In der Regel übernimmt solche Arbeiten die Holding, in dem Fall hat sie es sogar noch einmal weitergegeben. Dass diese Arbeiten in der Nacht nur sinnvoll sind, das haben die BewohnerInnen, zu denen ich übrigens auch zähle, sehr wohl verstanden, denn gerade an dem Ort ist man

sowieso leidgeplagt durch die Schienenarbeiten bei unzähligen Umbauarbeiten wegen der Variobahn. Da wurden allerdings immer Aushänge gemacht. In diesem Fall der Baumschneidearbeiten aber nicht. Deswegen ist meine

Frage

jetzt an Sie:

Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um künftig dafür zu sorgen, dass die GrazerInnen über von der Holding Graz veranlasste nächtliche Arbeiten in ihrer Wohnumgebung, die viel Lärm verursachen und übrigens auch viel Licht, dass bei den Leuten direkt noch im dritten Stock noch ins Fenster reinscheint, dass die darüber informiert werden, damit sie auch entsprechend darauf reagieren können? Was oft ja einfach sein kann, weil man kann ja dann sagen, ich schlafe heute Nacht mal im Zimmer, das hinten hinausgeht.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

In der Nacht vom 1. auf den 2. Jänner haben bei der Straßenbahnhaltestelle Hasnerplatz nach Mitternacht Baumschneidearbeiten stattgefunden. Die AnwohnerInnen waren über mehrere Stunden lang mit dem Lärm von Motorsägen sowie krachenden Ästen und Stämmen konfrontiert. „An Schlaf war nicht zu denken“, sind sich AnwohnerInnen einig. Eine noch nächtlich eingeholte Information durch die Polizei ergab, dass die Arbeiten durch die Holding Graz angemeldet waren. Eine spätere Recherche im Baumkataster ergab, dass die Schnurbäume, Baumnr. 12919 - weitreichende Fäule im Bereich des Druckzwiesel am Kronenansatz - sowie Baumnr. 12918 - Schillerporlingsbefall am östlichen Stamm- und Kronenansatzbereich, aufwiesen – eine Fällung damit langfristig geplant war und nicht, wie zunächst von den AnrainerInnen vermutet, wegen Gefahr im Verzug vorgenommen wurde.

Arbeiten in der Nacht können durchaus Sinn machen – etwa um den öffentlichen Verkehr nicht zu beeinträchtigen –, aber wenn sie über mehrere Stunden dauern und vielen arbeitenden Menschen verunmöglichen, ausreichend Schlaf zu bekommen, wäre es wünschenswert, die AnwohnerInnen vorab zu informieren – wie das etwa bei langwierigen Gleisarbeiten getan wird.

Im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um künftig dafür zu sorgen, dass die GrazerInnen über von der Holding Graz veranlasste nächtliche Arbeiten in ihrer Wohnumgebung, die viel Lärm verursachen, informiert werden?

StR Riegler:

Wenn man den Kern der Frage herausdestilliert, dann ist es die Frage: Was werde ich tun? Die Antwort ist, das habe ich schon getan. Nämlich mit dem Herrn Vorstandsdirektor Malik und mit den Vorständen der Holding Graz zu sprechen. Wir haben schon gehört den Sachverhalt, wie er sich darstellt, das wäre aus dem Lehrbuch des Public-Management. Das Straßenamt stellt fest, da muss man einen Baum umschneiden, das geht aber nur in der Nacht...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Wir schneiden keine Bäume um, wir erteilen die Bewilligung.

Riegler: Richtig, erteilt die Bewilligung, der Auftrag geht an die Holding, die Holding gibt das an eine Fremdfirma weiter und die Fremdfirma hat zu meinem Bedauern die öffentliche Bekanntmachung offenbar verabsäumt. Was wir daraus gelernt haben ist,

dass wir in solchen Fällen und in Zukunft eben tatsächlich explizit auch in das Auftragsschreiben hineinschreiben, dass eben diese öffentliche Bekanntmachung zu geschehen hat.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Bescheidmässig wird das immer vorgeschrieben.

Nagl: Aber sie haben es nicht getan. Gibt es eine Zusatzfrage?

Braunersreuther: Nein, ich habe keine Zusatzfrage, vielen Dank und wir können nur hoffen, dass es in Zukunft funktioniert.

7.9 Frage 9: Einbahnregelung im Bereich Auf der Tändelwiese (GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ an StRin Kahr, KPÖ)

Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrte Stadträtin Kahr. Mir geht es um die Straßenzüge rund um Auf der Tändelwiese, und zwar diese kleinen schmalen Gassen sind immer sehr stark verparkt, die Parkplätze sind natürlich nötig, weil dort wohnen sehr viele Menschen und wenn man jetzt dort einen Parkplatz sucht und hineinfährt in eine Gasse und es kommt ein Auto entgegen, dann muss man wieder verkehrt herausfahren, den rausfahren lassen, dann kann man wieder in die Gasse hineinfahren, einen Parkplatz suchen und muss dann wieder umdrehen und die komplette Gasse zurück und in die nächste und das wiederholen, bis man einen Parkplatz findet. Das bedeutet, dass sehr viele unnötige Fahrten dort passieren und gerade in diesem Bereich wohnen sehr viele Kinder. Es gibt einen

Kindergarten, es gibt eine Schule, es gibt öffentliche Spielplätze und ein Retourfahren ist besonders gefährlich, weil man oft dann nicht sieht, wenn ein Kind über die Straße rennt oder wenn es einem Ball nachläuft. Deshalb sind die Bewohner an mich herangetreten, sie haben mir gesagt, dass sie Sie auch schon kontaktiert haben und Ihnen das Problem geschildert haben mit der Bitte um eine Einbahnlösung. Ich finde, dass das eine sehr gute Lösung wäre, weil man würde sich Wege ersparen, man müsste nicht retour fahren, somit wäre weniger Verkehr, weniger Abgase und auch weniger Gefahr für die Kinder.

Deshalb stelle ich, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Wie stehen Sie zu diesem Anliegen und gibt es bereits Überlegungen, in diesem Gebiet Einbahnregelungen umzusetzen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Nördlich und südlich vom Straßenzug Auf der Tändelwiese befinden sich zahlreiche Gassen, die sehr schmal sind. Es sind dies die Hermann-Löns-Gasse, Fasangartengasse, Dornschneidergasse, Reiherstadlgasse, das Doktor-Hans-Spitzzy-Platzl und die Mauergasse.

Die Parkplätze in diesen engen Gassen sind vollkommen ausgelastet und ein notwendiges Ausweichen vor dem Gegenverkehr ist fast unmöglich. Daher sind die Autofahrer sehr oft gezwungen, die halbe Gasse rückwärts zu fahren.

Viele Bewohner dieser Gassen haben mich mit dem Anliegen kontaktiert, dass sie gerne eine Einbahnregelung hätten. Soweit ich weiß, sind Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, auch von den Anrainern dazu angesprochen worden.

Ich finde eine Einbahnlösung auch als sehr sinnvoll, denn jeder Meter, den man mit dem Auto retour fährt, birgt Gefahren in sich. Vor allem weil in dieser Gegend sehr viele Kinder wohnen und sich ein Kindergarten, eine Schule und öffentliche Spielplätze befinden.

Eine Einbahnregelung würde auch den Autofahrern bei der Parkplatzsuche helfen und es könnten unnötige Fahrten vermieden werden. Dadurch würde sich der Verkehr und auch die Abgasbelastung in diesem Gebiet verringern und ein Mehrwert für alle Beteiligten erzeugt werden.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Wie stehen Sie zu diesem Anliegen und gibt es bereits Überlegungen, in diesem Gebiet Einbahnregelungen umzusetzen?

Kahr:

Liebe Frau Gemeinderätin Schönbacher. Das Anliegen nehme ich gerne auf, das stimmt, sogar als Wohnungsstadträtin haben mich da die Bewohner schon angesprochen damals, dass das nicht optimal ist. Die Befundung stimmt, ob eine Einbahnregelung aber das Sinnvollste ist, das muss man sich anschauen. Das hat Vor- und Nachteile, Einbahnregelungen, das wissen Sie, das haben wir auch mit den Bewohnern besprochen damals, aber ich kann es kurz machen: Wir werden das aufgreifen von der Verkehrsplanung. Sobald wir voll besetzt sind, weil ich eine große Freundin bin, noch einmal, das ist ja ein zusätzlicher Auftrag, weil wenn Sie sagen, dass Fahrten dann gespart werden, es könnten ja auch Umwegfahrten entstehen, weil wenn man das ganze Gebiet Fasangartengasse, Herrmann-Löns-Gasse,

Reiherstadlgasse, Mauergasse, weil in dem gesamten Gebiet ist die gleiche Situation, weil die Gassen eben sehr eng sind. Da ist die Frage, ob Einbahnstraßen das Sinnvollere sind, oder z.B. eben in Zwischenbereichen einfach Ausweichmöglichkeiten zu schaffen. Aber das würde natürlich eine Parkplatzwegnahme nach sich bringen, was auch gerade nicht super ist, weil unten eh ein ziemlicher Parkplatzdruck ist. Aber wir werden es uns ansehen.

Schönbacher:

Danke für die Beantwortung. Schön, dass Sie an dem Problem dran sind, das werde ich gerne weiterleiten. Das heißt, bis wann darf man damit rechnen, dass Sie einen Lösungsvorschlag bringen werden?

Kahr:

Das muss ich mit meinen Kollegen im Verkehrsplanungsamt Rücksprache halten, weil ich da sehr korrekt bin. Ich gebe nicht Arbeitsaufträge, wenn ich weiß, sie schaffen das nicht. Ich kann Ihnen da keine Antwort geben, es kann schnell gehen, je nachdem wenn wir schnell besetzt sind personell, können wir auch zusätzliche Aufträge annehmen. Das ist jetzt nicht so groß, aber trotzdem muss man sich das gesamte Gebiet anschauen und es soll ja etwas herauskommen, was den Bewohnern hilft und nicht etwas, das im Nachhinein dann wieder Probleme bereitet, wie man eben gerade bei der Hans-Brandstätter-Gasse gesehen hat.

**7.10 Frage 10: Neuer Standort für den Grazer Raritätenmarkt
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne an Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio, FPÖ)**

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. In Meiner Frage geht es um den Grazer Raritätenmarkt. Wir alle erinnern uns, dass das ein Thema war, das im Herbst für einige Aufregung in Graz gesorgt hat. Raritätenmärkte finden in Graz seit dem Mittelalter statt, immer zu bestimmten Terminen und mit dem Namen Mitfastenmarkt, Portiunkulamarkt, Ägydimarkt und Andrämarkt und sie sind auch international sehr bekannt und es wird ihnen auch sowohl von den BeschickerInnen, aber auch von den BetreiberInnen anderer Märkte Einzigartigkeit attestiert. Jetzt stehen wir vor der Tatsache, dass es am Areal, wo die in den letzten Jahren stattgefunden haben, nämlich am Parkplatz in der Fröhlichgasse, ein seit dem 2010 Jahr bekanntes Bauprojekt gibt, das jetzt in die Umsetzung kommt und es fehlt jetzt der Standort für den nächsten Raritätenmarkt, nämlich den Mitfastenmarkt, der im März 2020 stattfinden soll. Es gab dann aber aus der Bevölkerung einige Ideen, z.B. das Freiareal auf der Messe oder die Fläche beim Ostbahnhof. Jedenfalls wäre es sehr wichtig, dass wir eine Ersatzfläche finden und ich habe deshalb schon im Dezember eine Gemeinderatsinitiative gemacht mit der Bitte, dass man uns im Wirtschaftsausschuss, der heute stattgefunden hat, einen Ergebnisbericht über die Ersatzflächensuche vorlegt. Den haben wir leider nicht bekommen, daher ist es auch gut, dass ich vorausdenkend eine Frage formuliert habe am Dienstag. Meine

Frage

lautet:

Auf welcher Fläche wird der Grazer Raritätenmarkt im März 2020 und zu den Folgeterminen stattfinden können?

Originaltext der Frage:

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,
am 22. November fand am Parkplatz Fröhlichgasse gegenüber der Grazer Messe zum letzten Mal der Andrämarkt an diesem Standort statt. Die Tradition dieses international bekannten Marktes, der viermal im Jahr unter den Namen Mitfastenmarkt, Portiunkulamarkt, Ägydimarkt und eben Andrämarkt in Graz stattfand, reicht bis ins Mittelalter zurück. Sowohl die 600 BeschickerInnen als auch die BetreiberInnen anderer Märkte betonen die Einzigartigkeit des Raritätenmarktes, der sich ganz grundsätzlich von anderen „Fetzenmärkten“ unterscheidet.*

Aufgrund eines bereits seit den 2010-er-Jahren bekannten Bauprojekts gegenüber der Grazer Messe ist der Raritätenmarkt nun nicht ganz überraschend auf der Suche nach einem neuen Standort.

Dem Vernehmen nach gibt es seitens der Stadt Graz noch keine Ersatzfläche, obwohl der Mitfastenmarkt bereits im März 2020 stattfinden soll. In unmittelbarer Umgebung böten sich z.B. das Freigelände der Grazer Messe bzw. die Freifläche beim Grazer Ostbahnhof oder der OBI-Parkplatz an. Alle drei wären von den mehreren tausend BesucherInnen auch öffentlich gut erreichbar.

Graz sollte sich auch der wirtschaftlichen Bedeutung der genannten Jahrmärkte bewusst sein, die nicht nur lokale HändlerInnen und SammlerInnen, sondern auch solche aus ganz Österreich und aus dem benachbarten Ausland anziehen. Die Zeit für eine Ersatzfläche drängt, damit diese Grazer Tradition ohne Unterbrechung weiterbestehen kann. Im Rahmen einer Gemeinderatsinitiative im Dezember 2019 hatte ich um dringende Erledigung der Suche nach einem neuen Standort und Vorlage eines Ergebnisberichts an den Wirtschaftsausschuss des Grazer Gemeinderats bis zur Gemeinderatssitzung im Jänner 2020 gebeten, leider bis dato ergebnislos.

Daher stelle ich an Sie seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Auf welcher Fläche wird der Grazer Raritätenmarkt im März 2020 und zu den Folgeterminen stattfinden können?

Bgm. Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Frau Gemeinderätin, wie von Ihnen richtig beschrieben, wird der Messeparkplatz Fröhlichgasse aufgrund eines Bauvorhabens für diverse Raritätenmärkte nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies ist aber nur ein, zwar durchaus gewichtiger, aber trotzdem ein Grund von mehreren, die vier Traditionsmärkte nicht mehr in dieser Form weiterzuführen. Ihre beschriebene wirtschaftliche Bedeutung lässt sich anhand der vorliegenden, deutlich rückläufigen Besucher- und Kundenzahlen nicht bestätigen. Für die Stadtverwaltung selbst zeigt sich, dass die Einnahmen zuletzt unter dem Sachaufwand lagen. Der Personalaufwand verstärkt diese negative Bilanz deutlich zusätzlich. Die umliegenden Gewerbebetriebe beschreiben keine relevante positive Geschäftsentwicklung während der Marktveranstaltungen. Laut Rücksprache mit dem Citymanagement der Stadt Graz besteht auch von Seiten der Hotellerie keine wesentliche positive Wahrnehmung der Märkte. Dafür haben sich aber Probleme mit einzelnen Ausstellern und Beschwerden von Gewerbetreibenden, Anrainern in der Umgebung gehäuft. Zufahrten und Parkflächen benachbarter Betriebe wurden widerrechtlich als Stellflächen zum Teil auch für einen schnellen bilateralen Handel abseits des offiziellen Marktes genutzt. Es kam zu Behinderungen der normalen Geschäftstätigkeiten durch Zuparken, Müllablagerungen, Entsorgung von Restposten, Verunreinigungen, wiederholten Beschädigungen der WC-Anlagen, vermehrten Laden- und Taschendiebstählen, erhöhten Personalaufwand, um für die Sicherheit zu sorgen. Negativer Höhepunkt waren Ermittlungen wegen Verkaufs von Hehlerwaren am Markt. Bei der eigentlichen Organisation und Verwaltung des Marktes, die ja auf Basis von Gewerbeordnung und Marktordnung hoheitlich erfolgt, prallen die klassische Tradition eines Flohmarktes und die Anforderungen einer modernen transparenten

Verwaltung massiv aufeinander. Abgesehen davon, dass alternative Standorte, die - ähnlich groß einigermaßen erschwinglich und verkehrstechnisch günstig gelegen sind, nicht gefunden werden konnten, kann eine gesetzeskonforme, moderne, transparente und effiziente Organisation dieser vier Traditionsmärkte nur mit einigen maßgeblichen Veränderungen erfolgen: Kundendatei durch ein Anmeldesystem, wodurch eine Vorabprüfung der Berechtigung im Sinne der Gewerbeordnung und Marktordnung möglich ist, Qualitätssteigerung und Steigerung der Warenverlässlichkeit durch Vorprüfungen der Anbieter, Kostenreduktion durch Redimensionierung der Märkte und Nutzung stadteigener Ressourcen. Neuer Charme der Märkte durch mehr Qualität, zentrale Lage, mögliches Rahmenprogramm, Vorabkasse bzw. Bankomateinzahlung. Wir sind allerdings um einen vernünftigen und guten Ersatz für den alten Grazer Raritätenmarkt bemüht. Derzeit lässt er sich in dieser Form aber nicht mehr weiter fortführen.

Pavlovec-Meixner:

Ich bin jetzt etwas erstaunt, weil das von vielen Leuten ganz anders dargestellt wird und Ihre Liste, muss ich sagen, kann ich in keinster Weise nachvollziehen.

Zwischenruf Eustacchio: Das hat das Land gesagt, die haben möglicherweise Recht.

Pavlovec-Meixner:

Naja, das heißt nicht unbedingt. Das heißt, Sie werden sich jetzt nicht darum bemühen, dass es im März 2020 einen Markt gibt?

Eustacchio: Nicht in der Form.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.15 Uhr).

**7.11 Frage 11: Wintersperre Schloßbergstiege
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. In den Wintermonaten führen leider nicht alle Wege auf den Schlossberg und die Wintersperre ist eigentlich hinlänglich bekannt. Dass z.B. auf der Schloßbergstiege kein Aufgang möglich ist zu gewissen Zeiten und zu gewissen Wetterverhältnissen. Dennoch ist in den letzten vergangenen Wochenenden das Wetter so gut gewesen, dass sehr viele Menschen den Weg über die Schloßbergstiege hinaufgegangen sind, weil auch unten nicht ersichtlich war, dass das Tor oben verschlossen sein wird. So ging es auch mir letztes Wochenende, als ich da hinaufmarschiert bin und völlig vergessen habe, dass es wahrscheinlich eine Wintersperre gibt. Es waren mehrere 100 Menschen auf der Schloßbergstiege, die oben dann vor verschlossenem Tor gestanden sind und manche davon sind dann auch über die Mauer geklettert. Deswegen stelle ich die

Frage

an Sie, Herr Bürgermeister:

Wie lange wird die Schloßbergstiege gesperrt sein und wie ist diese Sperre vor Ort kenntlich gemacht?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In den Wintermonaten führen nicht alle Wege auf den Schloßberg. Die Wintersperre betrifft die Schloßbergstiege sowie andere Aufgänge zu unserem beliebten Erholungsort. Diese Tatsache ist für vielen Bürgerinnen und Bürger leider nicht klar genug ersichtlich.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Frage:

Wie lange wird die Schloßbergstiege gesperrt sein und wie ist diese Sperre vor Ort kenntlich gemacht?

Bgm. Nagl:

Die Wege auf den Schloßberg und auch die am Schloßberg sind nicht so wie andere öffentliche Wege in Graz zu behandeln, weil weite Teile des Schlossbergs und auch die gesamte Stiege behördlich geschützte Landschaftsteile sind und nach dem Steiermärkischen Naturschutzgesetz § 13 zu behandeln sind. Diese Teile dürfen nicht zerstört, auch nicht in ihrem Bestand gefährdet oder sonst nachteilig verändert werden. Jetzt kommt es, eine Salzstreuung ist daher auch auf dieser Stiege ausgeschlossen. Aufgrund der ständigen Feuchtigkeit auf den steilen Stufen sind diese sehr rutschig und wäre auch eine reine Kiesstreuung nicht ausreichend, das zeigen leider Gottes auch immer wieder Verletzungen und Unfälle, die wir dort haben. Erst vor kurzem gab es einen größeren Unfall. Zusätzlich steht die Stiege samt Geländer unter Denkmalschutz, sodass auch bauliche Veränderungen am Geländer nicht in Frage kommen und wenn Sie hinaufgehen, wissen Sie, dass die Geländerhöhe nicht mehr jene Höhe aufweist, die wir heute als Sicherheitsvorschrift z.B. bei Balkonen oder

Geländern haben. Die Sperre dauert damit immer so lange, wie der Nachtfrost auftritt. Das kann ich nicht voraussagen, wann der Winter vorbei ist und wann diese Feuchtigkeit gegeben ist, wir entscheiden das ja immer vor Ort. Es wird tagesaktuell getroffen. Es gibt auch eine Beschilderung vor Ort, aber es kommt leider von Zeit zu Zeit vor, das die Tafeln durch BürgerInnen und Bürger entfernt werden, manchmal auch Vandalismus auftritt und dann passiert genau das, was Sie leider erlebt haben, was ja gar nicht passieren soll. Weil damit haben wir ja wieder die Haftung auf dieser Stiege. Ich hätte es auch ganz gerne, möchte aber noch etwas anfügen, weil das jetzt auch dazu passt: Es war ja einmal laut grüner Meinung vor vielen Jahren im Gemeinderat ein Luftschloss, dass ich in den Berg einen Lift noch hineingesprengt habe. Das hat geheißen, wenn wir den machen, dann wird es garantiert keine Auffahrten mehr in dem Ausmaß geben bei unserer Bergbahn und da kann ich Ihnen jetzt ein paar Zahlen sagen, die mich auch sehr freuen. Der Schloßberg wurde im vergangenen Jahr durch die beiden Aufstiegshilfen, wir haben damals davon geredet, ob es dann wohl noch 300.000 Auffahrten geben wird bei der Bahn und wir sind, das darf ich Ihnen da jetzt schon sagen, wir sind auf 1,2 Mio. Fahrten gekommen mit beiden Aufstiegshilfen und 102.000 Menschen sind vergangenes Jahr über unser neue Rutsche gerutscht. (*Appl.*) Also es wird angenommen. Den Winterdienst verbessern, wir werden schauen, ob wir noch einmal diese Absperrung verbessern können. Leider ist es so passiert, aber wie gesagt, wir entscheiden das tagesaktuell. Wenn es warm ist, funktioniert es eh, wenn es kalt ist, müssen wir sperren. Leider Gottes kann ich da keine bessere Lösung anbieten.

Robosch:

Wenn es tagesaktuell entschieden wird, dann verstehe ich nicht ganz warum es an diesem Wochenende gesperrt war, weil es war er ganz klar in mehrstelligen Plusbereichen die Temperaturen und es war sicher hinaufzugehen. Meine eigentliche Frage bezieht sich darauf, sind Sie bereit, dass man eine bessere Kenntlichmachung als diese Kette, wo dann Wintersperre draufsteht, sind Sie bereit eine bessere

Kenntlichmachung der Wintersperre zu garantieren? Weil ich bin 260 Stufen umsonst hinaufgegangen.

Nagl:

Wir hätten eine Ampel in der Sparbersbachgasse im Moment anzubieten (*lacht*).

Nein, wir werden schauen, dass wir eine verbesserte Absperrung machen, ja.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.20 Uhr).

**7.12 Frage 12: Radwegeanschluss Wickenburggasse/Humboldtstraße
(GR. DI. Sickl, FPÖ an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Sickl:

Hoher Stadtsenat, werte Kollegen, werte Frau Stadtrat. Wie wir uns getroffen haben, damals, wie sie das heute schon erwähnt haben, ich kann nur sagen, die Situation hat sich verbessert. Die Radfahrer haben sich an diese Situation gewöhnt, aber optimal ist das leider noch nicht.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das wurde gesagt, nicht optimal.

Sickl:

Ja, da ist eh gesprochen worden. Nur noch etwas ist nicht optimal und da stelle ich jetzt an Sie die Frage, bezüglich des Radwegeanschlusses, Wickenburggasse / Humboldtstraße.

Möchte man als Radfahrer von der Wickenburggasse kommend in die Humboldtstraße weiterfahren, ist die Situation eben dort ebenso nicht optimal. Die Radfahrer sind, sowie auch der Individualverkehr, gezwungen, an der Kreuzung zur Grabenstraße einen Umweg über die Jahngasse und die Parkstraße zu fahren, um dann wieder über die Bergmannngasse dem Verlauf der Humboldtstraße folgen zu können. Leider tun hier viele Radfahrer aber vorschriftswidrig den viel kürzeren und direkten Weg zwischen der Wickenburggasse und der Humboldtstraße wählen, um schneller am gewünschten Fahrtziel anzukommen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie die

Frage:

Aus welchem Grund werden Radfahrer gezwungen, diesen beschriebenen Umweg zu nutzen und könnte der Radweg nicht direkt von der Wickenburggasse in die Humboldtstraße einmünden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Möchte man den Radweg, der von der Wickenburggasse kommend in die Humboldtstraße einfließt, benützen, ist die Führung des Radweges alles andere als optimal. Die Radfahrer sind, sowie auch der Individualverkehr, gezwungen, an der Kreuzung zur Grabenstraße einen Umweg über die Jahngasse und die Parkstraße zu fahren, um dann wieder über die Bergmannngasse dem Verlauf der Humboldtstraße folgen zu können. Viele Radfahrer nehmen aber vorschriftswidrig den viel kürzeren und direkten Weg zwischen der Wickenburggasse und der Humboldtstraße, der aber nur dem öffentlichen Verkehr gestattet ist, um schneller am gewünschten Fahrtziel anzukommen.

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des
Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

*Aus welchem Grund werden Radfahrer gezwungen, diesen beschriebenen Umweg zu
nutzen und könnte der Radweg nicht direkt von der Wickenburggasse in die
Humboldtstraße einmünden?*

Kahr:

Lieber Herr Gemeinderat Sickl, danke für diesen nochmaligen Vorschlag, er ist nicht neu. Ich habe selbst, als ich 2017 das Verkehrsplanungsamt übernommen habe, dieselbe Frage und das Anliegen an die Mitarbeiter gestellt, es ist auch geprüft worden, weil man muss wissen, falls man die Kenntnis nicht hat, wir reden ja auch von einer Busspur, wo ja die RadfahrerInnen dann mit dem Bus mitfahren würden. Es ist auch geprüft worden und man muss aber sagen jedes Mal von den Holding Graz Linien äußerst kritisch und ablehnend rückgemeldet worden und jetzt können wir nicht einfach so tun und sagen, es ist mir wurscht, wie es den Kolleginnen und Kollegen Busfahrerinnen und Busfahrer geht. Ich habe aber gebeten, nur damit Sie das wissen, nach Maßgabe der Ressourcen dieses Anliegen mitaufzunehmen in unser Radwegenetz zur nochmaligen Prüfung und ich könnte mir vorstellen, das bräuchte aber bauliche Veränderungen, muss ich Ihnen auch dazusagen, dass man hier vielleicht in Perspektive zu einer Lösung kommen können. Es wird auf jeden Fall mitaufgenommen in das Gesamtpaket jetzt.

Sickl:

Also, es ist in Planung, das zu machen, weil es ist wirklich, wenn man sich das anschaut dort vor Ort oder wenn man selbst mit dem Rad fährt, der Umweg einfach so lange, dass wahrscheinlich die Hälfte geradeaus weiterfährt. Sie sind dabei, diese Situation zu verändern. Danke.

Kahr:

Planen tun wir es noch nicht, das muss ich Ihnen sagen. Wir nehmen es in das Radwegenetz auf, wenn wir personell aufgestellt sind, werden wir auch dieses Anliegen mitaufnehmen.

**7.13 Frage 13: Petition Move-it-Kampagne
(GRⁱⁿ Ussner, Grüne an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Ussner:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuschauer und ZuschauerInnen, liebe Elke, liebe Frau Stadträtin. Heute um 11 Uhr sind uns ja die 12 Forderungen von der Move-it-Kampagne übergeben worden. Du warst dabei, es war von jeder Partei erfreulicherweise auch jemand anwesend. Man muss dazusagen, die haben das geschafft, innerhalb von drei Monaten über 12.000 Unterschriften in Graz zu sammeln (*Appl. Grüne*). Für einen Forderungskatalog, also nicht einmal für eine einfache Frage oder eine einfache Forderung, sondern einen wirklich detailliert ausgearbeiteten Forderungskatalog mit 12 Forderungen, den Verkehr in Graz betreffend. Es ist schon einmal eine ziemliche Leistung. Es heißt, es gibt viel Rückenwind von der Stadt von der Bevölkerung für diese Forderungen. Drei Forderungen, die Aufstockung mit Personal in der Verkehrsplanung, die 100 Mio. für den Radverkehr und der Öffi-Ausbau sind ja bereits zumindest angekündigt worden,

aber wie gesagt, dieser ganze Katalog umfasst ja 12 Forderungen insgesamt. Deswegen ist jetzt meine

Frage:

Welche der 12 Forderungen der Move-it-Kampagne, abgesehen von den drei angekündigten, wirst du in dein Arbeitsprogramm aufnehmen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

Welche der 12 Forderungen der Move-it-Kampagne, die von über 12.000 GrazerInnen unterzeichnet wurden, werden Sie in Ihr Arbeitsprogramm aufnehmen?

Kahr:

Liebe Tamara, ich war heute nicht nur anwesend und habe die Unterschriften mitaufgenommen, sie sind ja dem Bürgermeister übergeben worden, ich habe selbst unterschrieben und zwar, weil mir das selbst ein Anliegen ist. Wenn ich hier hergehen würde und sagen würde, ich nehme eine Forderung in mein Arbeitsprogramm, ich hoffe, es ist unser Arbeitsprogramm, weil wenn es nur meines ist, das wäre etwas zu wenig, weil das würde dann nie eine Mehrheit hier bekommen. Es sind viele Sachen ja immanent. Wir haben einen klaren Auftrag, der ist auch mehrheitlich und in vielen Phasen einstimmig hier beschlossen worden und zwar den Ausbau, den kontinuierlichen, des öffentlichen Verkehrs, des Radwegenetzes und auch Maßnahmen für die FußgängerInnen zu setzen. Das sehe ich auch als meine Verpflichtung an, das ist mir ein großes Anliegen und ich möchte mich ganz herzlich, das habe ich auch vor Ort am Hauptplatz gesagt, bedanken bei all jenen Grazerinnen und Grazern, die diese Anliegen mitunterstützen und da geholfen haben, die

Unterschriften zu sammeln. Ich sehe das als Unterstützung und ich würde jetzt keine einzelne Forderung herausgreifen, die mir besonders wichtig sind, weil es sind alle wichtig.

Ussner:

Weil du speziell den Fußverkehr auch noch einmal angesprochen hast, da werden wir heute eh noch einmal zu einem Dringlichen dazu diskutieren. Vielleicht keine Zusatzfrage, sondern eher ein Apell, dass man das auch wirklich so umsetzt, wie man es hier so ankündigt im Gemeinderat, weil die Rückbauten von Schutzwegen sind ja auch etwas, was der Christian Kozina, einer die Initiatoren von der Kampagne, ja auch vorher draußen um 11 Uhr sehr stark kritisiert hat, und Fußgänger und FußgängerInnen sind nun einmal die schwächsten Teilnehmer und Teilnehmerinnen unseres Verkehrssystems und gerade vor Schulen und für Kinder, also das geht halt gar nicht. Mein Apell wäre einfach, dass man sich schon auch bewusst diese Forderungen ansieht, weil er ist ja Univ.-Prof., das sind wirklich wissenschaftlich auch valide ausgearbeitete Forderungen und ein Arbeitsprogramm, da könnte man sich auch schon die Sachen konkreter anschauen und detaillierter auch ins Arbeitsprogramm aufnehmen.

Kahr:

Ich hoffe, dass wir jetzt keine bildungspolitische Debatte mit der verkehrspolitischen Debatte hier verknüpfen, weil dann dürfte mich kein Bürger um eine Meinung fragen. Weil es sind nicht alle Universitätsprofessoren und sie haben aber trotzdem ein Recht, ihr Anliegen vorzubringen. Aber warum ich das jetzt sage, ist vor allem, ich bekomme einen Groll, wenn man ständig sozusagen so tut, als wären unsere Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern alles Leute, die keine Ahnung haben. Wir haben Experten in unseren Ämtern.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Ussner**: Darum geht es ja gar nicht.*

Kahr: Aber so empfinden unsere Kollegen das mittlerweile sehr wohl, wenn das dauernd so kommuniziert wird. Und noch einmal, ich kann dem eh nichts mehr hinzufügen.

Ende der Fragestunde um 13.30 Uhr.